

G8-Gipfel am Ostseestrand: große Kompromisse und kleine Erfolge

Eine gewerkschaftliche Bilanz

Roland Schneider ¹

Eine turbulente Gipfel-Woche liegt hinter uns. Die Akteure vor und hinter dem Zaun sind abgezogen, der Medienzirkus wendet sich neuen Brennpunkten globaler Aufmerksamkeit zu. Bundeskanzlerin Merkel, der es gelang, ihr Ansehen auf der internationalen Bühne erneut zu mehren, hat die Regie für den nächsten gemeinsamen Auftritt der Weltenlenker in japanische Hände gelegt. Was bleibt von ihrem Heimspiel, das sich vor weltweitem Publikum vollzog? Ist der Klima-Kompromiß von Heiligendamm ein Fortschritt oder ein weiterer Beleg für die Handlungsunfähigkeit der G8? Handelt es sich bei der beschlossenen Afrika-Hilfe um eine Mogelpackung oder gar Betrug, wie es in zahlreichen Stellungnahmen unmittelbar nach Abschluss des G-8-Gipfels hieß? Hat der Gipfel positive Zeichen für die Weltwirtschaft gesetzt, wie BDI-Präsident Thuman verlauten ließ? Sind die Staats- und Regierungschefs in ihren Vereinbarungen nur auf die Anregungen der Wirtschaft eingegangen? Was bedeuten die Erklärungen von Heiligendamm für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die fortschreitende Globalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft?

Globaler Klimaschutz – ein Anfang ist gemacht

Man muss die Einschätzung von Bundeskanzlerin Merkel, die Einigung zum Klimaschutz sei ein „großer Erfolg“, nicht teilen. Gelungen ist es ihr allerdings, den obersten Bremser in Sachen Klima, US-Präsidenten George W. Bush, vor der Weltöffentlichkeit zu blamieren und zu einem Kurswechsel zu veranlassen. Der Entschluss der G8, „energische und baldige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels zu ergreifen, um die Treibhausgaskonzentration auf einem Niveau zu stabilisieren, das gefährliche, vom Menschen verursachte Störungen ausschließt“, bedeutet weder eine globale Kehrtwende in der Klimapolitik noch führt er unmittelbar zu verbindlichen Aktionen. Gleichwohl gehen die Formulierungen weit über das hinaus, was in den letzten Tagen vor dem Gipfel zu erwarten war. Mehr noch, die Vereinbarungen sind eine Absage an den Versuch Bushs, den Klimaschutz nicht unter dem Dach der UN sondern exklusiv im Kreis der größten Verschmutzerstaaten zu behandeln. So ungenügend die Formulierungen letztlich noch sind, sie verändern jedoch die Handlungsbedingungen für eine erforderliche globale Politik des Klimaschutzes – und zwar positiv.

Mogelpackung: Armutsbekämpfung in Afrika

Gleiches lässt sich von den Hilfs- und Finanzzusagen der G8 für Afrika nicht sagen. Bei der Summe von 60 Mrd. US-\$ (44 Mrd. Euro), die dem Abschlusskommunique zufolge vor allem für die Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose bereitgestellt werden

¹ Sekretär bei TUAC, dem Beratenden Gewerkschaftsausschuss bei der OECD, Paris

soll, handelt es sich keineswegs um neue und zusätzlich Gelder. Enthalten sind in dieser Summe bereits Mittel für laufende Projekte. Ebenso wenig nennt das Gipfel-Dokument einen Zeitraum, in dem die Mittel bereitgestellt werden sollen. Die harsche Kritik von Entwicklungsexperten und Hilfsorganisationen an den Zusagen als „Wiederholung alter Versprechen“ ist deshalb nur allzu berechtigt. In Gleneagles, dem Ort des Gipfels im Jahre 2005, hatten sich die G8 verpflichtet, bis 2015 ihre Ausgaben für Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent der jeweiligen Bruttoinlandsprodukte anzuheben. Im Haushalt der Bundesregierung sind gegenwärtig nur 0,36 Prozent für diesen Posten vorgesehen.

Weitgehend ignoriert: Globale Ungleichgewicht und Risiken der Weltwirtschaft

Die Erklärung zu „Wachstum und Verantwortung in der Weltwirtschaft“ stellt eines der umfangreichsten Dokumente dar, das je von einem G8-Gipfel verabschiedet wurde. Von seinen 96 (!) Paragrafen widmen sich ganze sechs aktuellen Risiken und Ungleichgewichten der Weltwirtschaft. Deren Kernaussage, „dass die Weltwirtschaft in einem guten Zustand ist“, ignoriert bestehende globale Ungleichgewichte und die mit ihnen verknüpften Risiken. Sie verkennt, dass vom Zustand der globalen Finanzmärkte eine Gefahr für das Funktionieren der Weltwirtschaft insgesamt ausgeht. Enttäuschend ist, dass es angesichts des globalen Überflusses an liquiden Finanzmitteln zu keiner ernsthaften Erörterung von Fragen der Regulierung von Hedge-Fonds gekommen ist.

Hedge-Fonds: Wahrung nationaler Standortinteressen statt globaler Risikoabwehr

Ihnen widmen sich ganze zwei Abschnitte des Dokuments. Doch wie bereits zuvor bei den Treffen der G7-Finanzminister verweigerten die USA und Großbritannien selbst noch dem bescheidenen Versuch, hochspekulative Investoren einem freiwilligen Verhaltenskodex auszusetzen, ihre Zustimmung. Die erzielte Verständigung auf ein Plädoyer für mehr Transparenz und „besseres“ Risikomanagement durch Banken, Anleger und Aufsichtsbehörden wird den wachsenden Instabilitäten des kapitalistischen Weltfinanzsystems nicht gerecht. Durchgesetzt haben sich in Heiligendamm stattdessen kurzsichtige nationale Standortinteressen gegenüber einer angemessenen globalen Risikoabwehr.

Zwischen Profit und Protest: Schutz von Investitionen und geistigem Eigentum

Fragen der Globalisierung nahmen in den Erörterungen der Staats- und Regierungschefs wie auch in der Gipfelerklärung breiten Raum ein. Es war die erklärte Absicht der Bundesregierung, Fragen des Schutzes von Investitionen und Innovationen auf die Tagesordnung zu setzen. Doch was in den ersten Entwürfen des Gipfeldokuments noch als schlichte Wiedergabe investitionspolitischer und innovationspolitischer Forderungen des BDI klang, das kommt nun wesentlich ausgeglichener daher. Zwar fordert das Abschlussdokument weiterhin alle Länder gleichermaßen auf, ihre Politik gegenüber (ausländischen) Investoren zu überprüfen, die Investitionsfreiheit zu fördern und eine gemeinsame Strategie gegen Produkt- und Markenpiraterie zu entwickeln. Doch wurden Forderungen zu Investitionsfreiheit und zum Schutz des geistigen Eigentums um wichtige Aussagen zur sozialen Gestaltung der Globalisierung ergänzt.

Die angestrebte Sicherung der Investitionsfreiheit wie auch das Bemühen zur Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen, formuliert unter der Überschrift „Transparenz und nachhaltiges Wachstum“ im Rohstoffsektor orientieren sich allerdings an einem überholten und vielfach gescheiterten Entwicklungs- und Wachstumsmodell. Marköffnung, Liberalisierung und Privatisierung, auf die auch die G8 weiterhin setzt, garantieren weder Wirtschaftswachstum noch eröffnen sie einen dauerhaften Ausweg aus Unterentwicklung und Armut. Das Scheitern der von der Weltbank gepriesenen Reformen und deren sozialen Kosten, die sich vor allem in Südamerika zeigen, belegen dies.

Aktive Förderung von menschenwürdiger Arbeit – ein Schritt zur sozialen Gestaltung der Globalisierung:

Mit Blick auf die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Globalisierung kann nicht länger davon ausgegangen werden, dass Milliarden Menschen von ihr profitieren und nur fehlgeleitete Weltverbesserer gegen sie protestieren. Die Fakten sind eindeutig. Sie belegen im Gegensatz zu optimistischen Prognosen, dass trotz globalem Wachstum von Handel und Direktinvestitionen viele Arbeitnehmer und Bürger weit davon entfernt sind von der Globalisierung profitieren. Ein Blick auf die Einkommensverteilung belegt dies. Er zeigt nicht nur die USA, sondern auch für Japan und Europa, dass der Anteil der Profite am Bruttoinlandsprodukt weltweit auf einen historischen Höchststand geklettert ist. Die Kehrseite dieses Allzeithochs sind stagnierende, immer öfter niedrigere Einkommen der Arbeitnehmer wie der Verlust von Arbeitsplätzen in Industrie- und Entwicklungsländern.

Vor diesem Hintergrund darf es als kleiner Erfolg gelten, dass die Staats- und Regierungschefs der G8 (wie schon zuvor die G8-Arbeitsminister) erstmals die Notwendigkeit anerkennen, wirtschaftliche Globalisierung mit sozialem Fortschritt zu verknüpfen, und zwar auf der Grundlage gleicher sozialer Mindeststandards für die Ländern des Nordens wie des Südens. Es ist nicht Altruismus sondern die Sicherung der politischen Akzeptanz der Globalisierung, der die G8 veranlasst hat, ausdrücklich ihre Unterstützung für die Verwirklichung des Konzeptes der menschenwürdigen Arbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zu erklären. Dieses umfasst eine wirksame Umsetzung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten (IAO-Kernarbeitsnormen), die Schaffung produktiver Beschäftigung, die Weiterentwicklung von sozialen Schutzsystemen und die Unterstützung des sozialen Dialogs.

In der Gipfelberichterstattung meist unterschlagen, aber nicht weniger bedeutsam ist auch die Aufforderung der G8 an die WTO-Mitglieder wie an internationale Organisationen, „in enger Zusammenarbeit mit der IAO die Einhaltung international anerkannter Kernarbeitsnormen (...) zu fördern“. Dabei will die G8 mit gutem Beispiel vorangehen; sie will bilateralen Handelsabkommen und multilateralen Gremien nutzen, um menschenwürdige Arbeit und die Einhaltung grundlegender Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte zu fördern.

Doch damit ist die Liste der kleinen Erfolge keineswegs vollständig. Zum Missfallen mancher Investoren und Unternehmen wie ihrer Verbände verpflichtete sich die G8 ferner dazu, neben der Sicherung von Marktzugang und dem Schutz von Investitionen auch „international vereinbarte Standards im Bereich der sozialen Verantwortung von Unternehmen“, wie z. B. die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, „aktiv zu fördern“. Private Unternehmen und Wirtschaftsverbände ruft sie auf, die Prinzipien der OECD-Leitsätze zu beachten. Schwellen- und die Entwicklungsländer werden darin bestärkt, sich die in diesen Leitsätzen enthaltenen Werte und Standards zu Eigen zu machen. Damit haben die Staats- und Regierungschefs gewerkschaftlichen Forderungen Rechnung getragen. Dies gilt auch mit Blick darauf, dass „die großen Schwellenländer zu einem hochrangigen Dialog über Themen der sozialen Verantwortung von Unternehmen“ eingeladen werden sollen. Die dafür notwendige Plattform soll die OECD bereitstellen.

Der „Heiligendamm-Prozess“ – den Worten müssen Taten folgen

Es wäre verfehlt, die kleinen Erfolge des G8-Gipfels als einen Durchbruch auf dem Weg zur überfälligen sozialen Gestaltung der Globalisierung zu feiern oder gar als Politikwechsel zu interpretieren. Einen Umbruch in den Positionen der G8-Länder verkörpern sie dennoch. Der Weg zur Förderung und Stärkung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten nicht nur in den Schwellen- und Entwicklungsländern wird dadurch erleichtert. Dies gilt es zu nutzen.

Einen Ansatzpunkt dazu bietet der „Heiligendamm-Prozess.“ Er sorgt dafür, dass auch nach der Abreise der Staats- und Regierungschefs aus dem Ostseebad der Name Heiligendamm in der internationalen Politik eine Rolle spielen wird. Der Begriff steht für die Fortführung eines themenbezogenen Dialoges zwischen den Mitgliedsstaaten der G8 und „gewichtigen“ Schwellenländern wie Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika über die Herausforderungen der Weltwirtschaft. Zu den Feldern dieses Dialoges, der noch in der zweiten Jahreshälfte 2007 aufgenommen werden soll, gehört auch das Thema „soziale Verantwortung von Unternehmen.“ Dieses kann ohne eine Mitwirkung von Vertretern der Unternehmen wie der Arbeitnehmer sinnvollerweise nicht erörtert werden.